

**Unsere Prioritäten
für den europäischen Aufschwung:
Solidarität, Nachhaltigkeit
und Digitalisierung**

Berlin, Paris, Rom, 12. Mai 2020

Aktuelle Situation

Wir, die Präsidenten der drei größten Wirtschaftsorganisationen in der Europäischen Union und Mitgliedsverbände von BusinessEurope, sind über die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Auswirkungen der Pandemie zutiefst besorgt. Die Corona-Krise ist ein gewaltiger, unerwarteter und tragischer Schlag für das öffentliche Leben, die Gesundheit, das soziale Wohlergehen und die Konjunktur in unseren Ländern.

Die Pandemie, die als symmetrische Krise begann, wird beispiellose asymmetrische Schäden für Wirtschaft und Gesellschaft verursachen. Diese werden einige Regionen und Industriesektoren härter treffen als andere und die Wettbewerbsgleichheit innerhalb der EU gefährden. Es besteht ein großes Risiko, dass Wirtschaftsleistung, Beschäftigung und öffentliche Finanzen stark einbrechen und sich nur langsam wieder erholen, bis die Lage im Gesundheitswesen wieder vollständig unter Kontrolle ist.

Die 27 EU-Mitgliedstaaten waren auf unterschiedliche Weise und in verschiedenem Ausmaß betroffen, doch alle haben umgehend wirtschaftspolitische und soziale Maßnahmen ergriffen, um die Auswirkungen der Krise abzumildern. Unsere Unternehmen arbeiten eng mit den Behörden zusammen, um die Lage im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen, die Produktion unter Vorsichtsmaßnahmen wieder aufzunehmen und so viele Arbeitsplätze und Wirtschaftsbereiche wie möglich zu retten. Die Politik hat sehr schnell ein erstes Polster zur Sicherung von Liquidität und Zahlungsfähigkeit der Unternehmen geschaffen sowie Kurzarbeitsregelungen und mehr Mittel für unsere Beschäftigten bereitgestellt. Die Europäische Zentralbank hat ihr Programm zur Liquiditätssicherung der Banken erheblich ausgeweitet. All dies war notwendig. Es ist jedoch nicht genug.

Es muss ein gewaltiger Schock für unsere Volkswirtschaften und Gesellschaften überwunden werden. Trotz dieser beispiellosen Maßnahmen werden unsere Volkswirtschaften in diesem Jahr einen gewaltigen Schlag erleiden. Die Erholung von der Eindämmungsphase wird Zeit brauchen. Die Unternehmen sehen sich einer enormen Unsicherheit in Bezug auf Produktion, Lieferketten, internationalen Transport, Handel und Nachfrage in und nach der Krise gegenüber. Infolgedessen sind unsere Arbeitnehmer und alle Verbraucher mit Einkommensverlusten, Arbeitslosigkeit und viel größerer Unsicherheit konfrontiert.

Wir brauchen einen umfassenden gesamteuropäischen Plan.

Der Weg in die Zukunft

1. **Es bedarf einer umfangreichen politischen Reaktion.** Die gegenwärtige Situation wird ein in Friedenszeiten bisher unbekanntes Maß an öffentlicher Unterstützung erfordern. Unsere Regierungen müssen noch in diesem Quartal von kurzfristigen Liquiditäts- und Sozialinitiativen zu Ausstiegsplänen und finanzpolitischen Unterstützungsmaßnahmen übergehen. Von größter Bedeutung ist es, dass für die kommenden drei bis fünf Quartale Ausstiegspläne in mehreren Stufen eingeführt werden, unter Berücksichtigung der gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Umgang mit den Gesundheitsrisiken

dieser Pandemie. Nur so können Unternehmen und Beschäftigte die Rückkehr zur Normalität planen. Wir müssen schrittweise vorangehen: von der Eindämmung zum Ausstieg, vom Ausstieg zur Stabilisierung – solange kein Impfstoff zur Verfügung steht – und zur vollständigen Genesung, sobald die Pandemie unter Kontrolle ist.

2. **Die europäische und internationale Zusammenarbeit bei Ausstieg und Konjunkturförderung ist unverzichtbar!** Die Zusammenarbeit und Koordination auf europäischer und internationaler Ebene werden von wesentlicher Bedeutung sein. Es liegt auf der Hand, dass es einer engen Zusammenarbeit unserer Regierungen und unserer europäischen Institutionen bedarf, um Produktion, Binnenmarkt, den grenzüberschreitenden Verkehr, die Mobilität der Arbeitskräfte und den Tourismus in Europa Schritt für Schritt wieder auf den richtigen Weg zu bringen. Nach einer ersten Runde eher unkoordinierter nationaler Reaktionen ist nun ein sorgfältig koordiniertes europäisches Vorgehen absehbar und sollte verstärkt werden. Es wird in der gemeinsamen Verantwortung der G20-Länder liegen, ein offenes internationales Handelssystem aufrechtzuerhalten und die Auswirkungen der Pandemie, insbesondere auf die Entwicklungsländer, einzudämmen. Im Vergleich zur Krise des vergangenen Jahrzehnts sollten die G20-Staaten heute aufgrund der Zusammenarbeit in der WTO und dem IWF stärker koordiniert handeln können. Gleichzeitig hängt es dabei von den bilateralen Dialogen der Hauptakteure auf der transatlantischen sowie der asiatisch-pazifischen Seite ab, ob protektionistische Eskalationen ausbleiben.
3. **Die Reaktion der EU muss von beispielloser Tragweite sein.** Wir fordern unsere Regierungen und die europäischen Institutionen nachdrücklich auf, diesem wirtschaftlichen Schock mit einer bisher beispiellosen und weitreichenden europäischen Antwort zu begegnen. Der Vorübergehende Gemeinschaftsrahmen für staatliche Beihilfen muss erheblich ausgebaut werden, um die Mitgliedstaaten in die Lage zu versetzen, die Erholung von Unternehmen durch wirksame Maßnahmen zu unterstützen (z. B. Laufzeitverlängerungen für abgesicherte Darlehen und Kostensenkung der Maßnahmen). Wir müssen alle bekannten Instrumente ebenso wie neue und innovative wirksam einsetzen. Über das erste Maßnahmenpaket hinaus, das die Darlehenskapazität der Europäischen Investitionsbank, der Kommission und des ESM ausweitet oder einsetzt, fordern wir die europäischen Staats- und Regierungschefs auf, unverzüglich einen mutigen Vorschlag für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen zu verabschieden, einen europäischen Wiederaufbaufonds zu schaffen, der groß genug ist, um den Mitgliedstaaten ein ausgewogenes Verhältnis von Darlehen und Zuschüssen zu bieten, sowie weitere gesamteuropäische Maßnahmen festzulegen.
4. **Es bedarf auch starker politischer Maßnahmen auf Ebene der Einzelstaaten.** Alle Unternehmen und Arbeitnehmer in der EU sollten von einem starken, gemeinsamen Aufschwung in allen EU-Ländern profitieren. Es müssen umfangreiche antizyklische finanzpolitische Konjunkturmaßnahmen auf nationaler Ebene ergriffen werden. Wir empfehlen eine Mischung aus allgemeinen und sektorspezifischen fiskalpolitischen Maßnahmen, die die Binnennachfrage un-

terstützen, sobald die Lieferketten wieder geschlossen sind. Diese Maßnahmen müssen in vielen Ländern von bedeutendem Ausmaß sein und sowohl über Steuersenkungen als auch über höhere, dabei jedoch zielgerichtete öffentliche Ausgaben wirken. Besondere Hilfen für die wirtschaftlich schwächsten Bevölkerungsgruppen sollten in Betracht gezogen werden, da es sich um eine außergewöhnlich gravierende Rezession handelt.

- 5. Eine starke finanzpolitische Reaktion muss ein hohes Maß an Solidarität beinhalten.** Mindestens bis 2023 werden sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf europäischer Ebene beträchtliche Konjunkturaneize erforderlich sein. In den meisten Ländern dürften diese jährlich bis zu fünf Prozent des BIP ausmachen. Von Umfang und Zeitpunkt der Reaktion, der Art der bereitgestellten Finanzmittel und der Verknüpfung mit bestehenden oder neuen Investitionsprogrammen wird es abhängen, wie die Europäische Union aus dieser Krise übersteht. Es bedarf eines starken Elements echter finanzpolitischer Solidarität in Form gemeinsamer Ressourcen für die am stärksten betroffenen Länder. Wir fordern dringend, jeglichen Schaden von Wirtschafts- und Produktionsbetrieben abzuwenden, Unternehmenszusammenbrüche so weit wie möglich zu begrenzen und Altlasten wie geschwächte Bilanzen oder Verluste an Humankapital zu beheben. Kein europäisches Unternehmen sollte aufgrund mangelnder Unterstützung in einem Mitgliedstaat scheitern oder dauerhafte Verluste erleiden. Die EU-Institutionen müssen eingreifen, um in dieser außergewöhnlichen Zeit Wettbewerbsgleichheit zu gewährleisten. Darüber hinaus sind stark erweiterte Kreditprogramme durch die Europäische Investitionsbank, InvestEU und ähnliche Programme notwendig, um private Investitionen zu unterstützen und öffentliche Investitionen zu erhöhen.
- 6. Die Haushaltspläne müssen die neuen politischen Prioritäten ausreichend berücksichtigen.** Auch die jüngsten, großen europapolitischen Ziele für ein grüneres, integrativeres, innovativeres, souveräneres, autonomeres und produktiveres Europa, die bisher nicht finanziert wurden, müssen im Haushaltsplan vollumfänglich vorgesehen werden. Wir fordern unsere Regierungen und die europäischen Institutionen nachdrücklich auf, ihren Verpflichtungen nachzukommen und den Green Deal zu nutzen, um der materiellen und immateriellen Infrastruktur, der Digitalisierung, der Verjüngung der europäischen industriellen Wertschöpfung sowie der Sicherung und Verbesserung der Qualifikation unserer Arbeitnehmer neue Impulse zu geben. Die volle Unterstützung von Investitionen in Schlüsseltechnologien und verbesserte strategische Wertschöpfungsketten spielt eine vorrangige Rolle bei der Wiederbelebung der europäischen Wirtschaft, dem Aufbau einer widerstandsfähigeren Industrie und der Stärkung ihrer Krisenfähigkeit in der Zukunft. Jetzt müssen wir unsere Mittel einsetzen, um das Kapital von Unternehmen zu regenerieren und die Qualifikation der Beschäftigten mittelfristig auszubauen. Das wird Stärke, Beharrlichkeit und klare Prioritäten über das gesamte Jahrzehnt erfordern. Maßnahmen, die die steuerliche oder regulatorische Belastung der Unternehmen auf nationaler und europäischer Ebene erhöhen würden, sind zu vermeiden. Dies muss Teil einer weitreichenden europäischen integrativen Wachstumsstrategie werden.



BDI, Confindustria und MEDEF werden weiterhin sich weiter gemeinsam engagieren, auch im Rahmen von BusinessEurope, um so zur Festlegung von politischen Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene beizutragen, die Erholung der europäischen Wirtschaft zu fördern und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen auf globaler Ebene zu verteidigen.